



Gedenkansprache des Präsidenten der Universität Hamburg, Prof. Dr. Hauke Heekeren, bei der Mahnwache anlässlich des 84. Jahrestags der Reichspogromnacht am 9. November 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir gedenken am heutigen Tage der jüdischen Opfer der Pogrome der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. Unrecht, zerstörerische Gewalt, Aberkennung staatsbürgerlicher Zugehörigkeit und menschlicher Würde – dies alles geschah damals in Deutschland und auch in Hamburg. Vor 84 Jahren setzten Nationalsozialisten auf diesem Platz die Hauptsynagoge in Brand. Weitere Anschläge betrafen andere jüdische Gotteshäuser, den jüdischen Friedhof, jüdische Geschäfte, Wohnungen, vor allem aber Menschen, jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen. Der 9. November erinnert uns immer wieder an das dunkelste Kapitel unserer deutschen Geschichte. Er mahnt uns zu Wachsamkeit und Zivilcourage, mahnt uns, aufzustehen gegen jegliche Form von Hass, von Hetze, von Angriffen auf Freiheit und Demokratie, wo immer sie sich heute zeigen.

Der 9. November ist der Tag, an dem 1918 die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie, ausgerufen wurde. Aber auch der Tag, an dem 1848 der Paulskirchen-Demokrat Robert Blum erschossen und symbolisch die Freiheits- und Demokratiebewegung durch die Gegenkräfte der Restauration und des Antiliberalismus niedergeschlagen wurde. Den 9. November wählte Hitler 1923 für seinen Putsch-Versuch, um die von ihm verhasste Demokratie an ihrem fünften Jahrestag anzugreifen. Und an einem 9. November – im Jahr 1989 – fiel die Berliner Mauer; damals ebnete die friedliche Revolution den Weg in die demokratisch wieder vereinigte Bundesrepublik unserer Gegenwart. So ist der 9. November in Deutschland ein besonders widersprüchlich aufgeladener Erinnerungsort. Wie vor einem Jahr der Bundespräsident deutlich machte, ist der 9. November:

„ein heller und ein dunkler Tag. Er macht uns Herzklopfen und treibt uns Tränen in die Augen. Er lässt uns hoffen auf das Gute, das in unserem Land steckt, und er lässt uns verzweifeln im Angesicht seiner Abgründe. [...] Diese Ambivalenz auszuhalten, Licht und Schatten, Freude und Trauer im Herzen zu tragen [...] Das ist der Auftrag des 9. November.“¹

Ambivalenz, d.h. konstitutive Zwiespältigkeit, als Leitmotiv des Gedenkens und des Erinnerns – dies gilt nicht weniger zutreffend für die Universität Hamburg: die erste demokratische

¹ [Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Rede gehalten bei der Veranstaltung "1918 – 1938 – 1989: Gedenken zum 9. November" am 9. November 2021 in Schloss Bellevue, S. 3](#)



Universitätsgründung in Deutschland 1919 im Spannungsfeld zwischen traditionellen Erwartungen der bürgerlichen Kreise und Ansprüchen sozialer Reformer im Geiste der Novemberrevolution; jedoch auch im Jahr 1933 eine selbst gleichgeschaltete Universität, mit einem braunen Protagonisten, Adolf Rein, der die Idee einer nationalsozialistischen Universität früh entwickelte und als Rektor konsequent umsetzen konnte.

Zur Zeit der Reichspogromnacht las an der damals umbenannten „Hansischen Universität“ ein Walter Scheidt über „Rassenbiologie und Rassenhygiene“, während ein Gustav Deuchler „Rassenpsychologie“ lehrte, und zwar hier gegenüber im Seminargebäude Bornplatz 1 – im heutigen „Pferdestall“ am Allende-Platz – auch am Donnerstag, dem 10. November 1938, in Blickweite der nun beschädigten und geschändeten Bornplatzsynagoge. Die Hamburger Universität war im „Dritten Reich“ nicht in allen ihren Bereichen gleichermaßen nationalsozialistisch durchdrungen, jedoch gab es keine Disziplin, die davon unberührt blieb: von der Soziologie über die Physik und die Wirtschaftswissenschaften bis hin zur Medizin.

Auch in Hamburg und an ihrer Universität erfolgte die systematische Vertreibung sogenannter „nichtarischer“ und politisch unerwünschter Mitglieder des Lehrkörpers und der Studierendenschaft. Aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurden 1933 insgesamt mehr als 90 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der Hamburger Universität oder ihrem engen Umfeld angehörten, entlassen – knapp 20 Prozent der Lehrenden. Die Ausgrenzung jüdischer Studierender war zunächst schrittweise erfolgt, bis ihnen im November 1938, drei Tage nach der Pogromnacht, der Besuch der Universität endgültig untersagt wurde.

Die bittere Ironie der Geschichte: Vor 1933 waren es gerade die jüdischen Gelehrten gewesen, die für das Renommee der jungen Hamburgischen Universität gesorgt hatten. Durch sie hat unsere Universität in der Weimarer Republik eine wissenschaftliche Blütezeit erlebt – und dies bei gleichzeitigen Gefährdungen, republikfeindlichen Angriffen und antisemitischen Anwürfen.

Für diese erneute Ambivalenz sei hier stellvertretend an Ernst Cassirer erinnert. Einer der größten Philosophen und europäischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts erhielt erst nach der demokratischen Wende 1919 in Hamburg seine erste, lange überfällige Professur und wurde in wenigen Jahren zu einer der herausragenden Persönlichkeiten der Universität und der Stadtgesellschaft. 1928 wurde daher in städtischen und akademischen Kreisen breit mobilisiert, um einen Ruf Cassirers an die Universität Frankfurt abzuwehren. 1929 wurde er als Rektor der Hamburgischen Universität gewählt – als einer der ersten jüdischen Universitätsrektoren in Deutschland überhaupt. 1930 setzte Cassirer gegen den Widerstand breiter Teile der Professorenschaft und der Studentenschaft eine akademische Verfassungsfeier für die Weimarer Republik durch, um ein Zeichen für die Demokratie zu setzen. Im Frühjahr 1933



gehörte Cassirer zu den allerersten, die Deutschland angesichts der Ausgrenzung und Verfolgung von Juden verließen. Darauf wurde sein Lehrstuhl für Philosophie in einen für Rassenbiologie umgewidmet.

Cassirers breit angelegtes philosophisches Werk und sein ständiger interdisziplinärer Dialog, Cassirers mutiges Engagement für die Demokratie in Zeiten verbreiteter Republikfeindlichkeit und eines aufsteigenden Nationalsozialismus – sie stehen für die Werte, die die Universität Hamburg vertritt und die hier im Herzen der Stadt auf dem Campus gelebt werden.

Von seinem Dienstzimmer im Philosophischen Seminar, im 2. Stock des „Pferdestalls“, schaute Cassirer direkt auf die Bornplatzsynagoge und die Talmud-Tora-Schule. Dies also war, bei Ausübung seiner Arbeit, sein Alltagsausblick damals. Ein Ausblick, der infolge verbrecherischer Gewalt nicht mehr existiert. Ein Ausblick, der in Zukunft durch die geplante Wiedererrichtung einer Synagoge mit neuen Kräften des Lebens, der Religion, der Kultur neu imaginiert und transformiert werden wird. Und selbstverständlich: Für die Nachbarin Universität Hamburg ist die Neugestaltung des Joseph-Carlebach-Platzes als eines offenen Ortes der Erinnerung, des intellektuellen Austausches und der persönlichen Begegnung ein wichtiges, buchstäblich „nahe liegendes“ Thema.

Vor dem Hintergrund jenes dunkelsten Kapitels ihrer Geschichte steht die Universität Hamburg in der Pflicht, den Umgang mit ihrer NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Und zu den Ambivalenzen gehört, feststellen zu müssen, dass es auch in Hamburg lange gedauert hat, bis Angehörige der Universität zu einer Auseinandersetzung mit diesem Thema bereit waren. Erst eine jüngere Generation in einer seit 1969 neu verfassten Universität begann in den 1980er Jahren, dann aber umso intensiver, mit einer Erforschung der Hamburger Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus. Sie mündete bekanntlich in der Gründung der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte, in bahnbrechenden wissenschaftlichen Publikationen und mehrbändigen Werken, in Ausstellungen und öffentlichen Aktivitäten für Bürgerinnen und Bürger, in Hörsaalbenennungen nach vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. An diese Vorbilder wollen wir weiterhin anknüpfen, um Forschung und Kommunikation über dieses wichtige Thema fortzusetzen. Das ist die Aufgabe der Universität Hamburg als vergangenheitsbewusste Institution: die Aufarbeitung ihrer Geschichte als Bestandteil ihrer Selbstvergewisserung als Institution der Bildung, der Forschung, der Lehre sowie als ihr Beitrag zur bundesdeutschen Erinnerungskultur.

Die wissenschaftsgeleitete Erschließung der Vergangenheit ist einer unserer Wege in die Zukunft. Um es mit den Worten Ernst Cassirers zum Ausdruck zu bringen:



„Jede geschichtliche Betrachtung will, richtig verstanden, nicht nur ein Rückblick, sondern auch ein Vorblick sein“². „[Das Wissen des Geistes um sich selbst] entsteht erst, indem er in seiner reinen Gegenwart seine Geschichte bewahrt und seine Zukunft gestaltend vorwegnimmt“³.

In diesem Sinne – nicht nur für all das, was vergangen ist, und für all diejenigen, die nicht mehr da sind, sondern für alle, die heute zusammenstehen, und für alles, was vor uns liegt – ist es unsere Verantwortung, ist es unsere Verpflichtung, die Gräueltaten des 9. Novembers 1938 zu erinnern und aller Opfer der Reichspogromnacht zu gedenken.

² E. Cassirer, *Der deutsche Idealismus und das Staatsproblem* (1916), *Nachgelassene Manuskripte und Texte*, Bd. 9, *Zur Philosophie und Politik*, hrsg. v. C. Möckel, Meiner, Hamburg 2008, S. 27, Anm. A.

³ E. Cassirer, *Philosophie der symbolischen Formen. Dritter Teil. Phänomenologie der Erkenntnis* (1929), in *Gesammelte Werke. Hamburger Ausgabe*, hrsg. v. B. Recki, Bd. 13, Meiner, Hamburg 2002, S. 214.